

Christoph Butterwegge

Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit

Die demografische Entwicklung, d.h. die Veränderung der Bevölkerungs- und der Altersstruktur, kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich exakt prognostiziert werden. Deshalb ist manche „bevölkerungswissenschaftliche“ Prognose eher Prophetie als exakte Berechnung. Oft handelt es sich um bloße Kaffeesatzleserei. Mit dieser Form der Mathematik bzw. der Statistik wird ganz gezielt Politik gemacht. Dabei geht es nicht nur um objektive Daten und Fakten, sondern vor allem um deren subjektive Einschätzung. Was aus der Sicht eines Betroffenen positiv sein kann, z.B. eine steigende Lebenserwartung, stellt aus der Sicht neoliberaler Ökonomen einen negativen Faktor (Belastung des „Wirtschaftsstandortes“ durch das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge bzw. der „gesetzlichen Lohnnebenkosten“) dar.

Abgesehen davon, dass die langfristigen Prognosen der Bevölkerungswissenschaft selten zutrafen, weil z.B. die Zuwanderungsraten stark stiegen, ist ein demografischer Defätismus völlig unangebracht, weil der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen auf einem Grundkonsens darüber beruhen, welcher Teil des Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird und welche Gesellschaftsschichten wie viel ihres Einkommens dafür abzugeben müssen. Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen.

In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die demografische Entwicklung vorwiegend als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie den „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen. Demografie fungiert dabei als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Die Höhe der Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern von der Ökonomie und von der Politik ab. Entscheidend ist, wie viel gesellschaftlichen Reichtum eine Volkswirtschaft erzeugt und auf wen, d.h. auch auf welche Altersgruppen, man ihn wie verteilt. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines nicht mehr explosionsartig, aber immer noch recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.

(Arbeits-)Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen wachsen trotz der Veränderung des Altersaufbaus. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel und seine Folgen solidarisch bewältigen, denn sie ist heute so reich wie nie. Was fehlt, ist eine soziale Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung sowohl von öffentlicher wie von privater Armut dient.

Nicht erst seit Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, mit seiner Forderung, man solle 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke mehr finanzieren, das Sommerloch 2003 füllte, hat das Thema „Generationengerechtigkeit“ enorme Konjunktur. Begründet wird die Forderung nach mehr Solidarität zwischen den Generationen damit, dass die heutigen Alten gut situiert, die heutigen und die künftigen Jungen hingegen zu stark belastet bzw. ohne Aussicht auf eine ähnlich komfortable Absicherung im Wohlfahrtsstaat der Zukunft seien.

Man tut gut daran, die Plausibilität solcher fast schon zum Gemeingut avancierten Auffassungen zu hinterfragen. So ist die Altersarmut in Deutschland weder für immer verschwunden noch ein bloßes Zukunftsproblem, vielmehr schon heute eine bedrückende Zeiterscheinung: Seit die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 eingeführt wurde, hat sich die Zahl der älteren Menschen, die sie beanspruchen, um rund zwei Drittel erhöht. 2011 waren es bereits über 436.000 Ältere, die einschließlich Miete und Heizung im Durchschnitt weniger als 700 Euro pro Monat erhielten. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass sich besonders ältere Menschen damit schwertun, diese Transferleistung – früher hieß sie Fürsorge bzw. Sozialhilfe – zu beantragen, weil sie zu stolz sind, sich schämen, den bürokratischen Aufwand scheuen oder weil sie irrtümlich den Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder bzw. Enkel fürchten. Geht man davon aus, dass die sog. Dunkelziffer hoch ist, liegt die Zahl derjenigen Menschen, die im Alter auf Hartz-IV-Niveau leben, inzwischen deutlich über einer Million. Die Einkünfte von mehr als zwei Millionen Seniorinnen und Senioren fallen unter die „Armutrisikoschwelle“ der Europäischen Union (952 Euro). Kein Wunder, dass es über 760.000 Ruheständler gibt, die einen Minijob haben, darunter fast 120.000 Personen, die 75 Jahre oder älter sind. An den Lebensmitteltafeln häufen sich ältere Menschen, die wegen ihrer Minirenten spätestens am 20. des Monats nichts mehr Warmes auf den Tisch bringen. In den meisten Städten gehören Seniorinnen und Senioren, die frühmorgens Zeitungen austragen oder in Müllcontainern nach Pfandflaschen suchen, längst zum „normalen“ Stadtbild.

„Generationengerechtigkeit“ ist ein politischer Kampfbegriff, der neoliberale Vorstellungen im Hinblick auf die Transformation von (Sozial-)Staat und Gesellschaft nach Markterfordernissen, Konkurrenzgesetzen und Leistungsnormen legitimieren hilft, dass ein sich aus ganz anderen Gründen verschärfender Verteilungskampf zwischen gesellschaftlichen Klassen und

Bevölkerungsschichten zu einem „Generationenkrieg“ umgedeutet wird. Man reduziert soziale auf demografische Probleme, d.h. letztlich auf biologische Prozesse, was sie einer Lösung im Interesse der großen Bevölkerungsmehrheit entzieht.

Was auf den ersten Blick einleuchtet, weil niemand etwas gegen Gerechtigkeit hat, erweist sich bei genauerem Hinschauen als ein semantisches Ablenkungsmanöver: Man spricht über „mangelnde Generationengerechtigkeit“, um über die soziale Ungleichheit in jeder Altersgruppe schweigen zu können. Die soziale Polarisierung, Folge der neoliberalen Modernisierung fast aller Lebensbereiche, wirkt freilich bei den Jüngeren nicht anders als bei den Älteren: Die zunehmende Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie geradezu dessen Kehrseite.

Renten Kürzungen sind mit Sicherheit kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“: Erstens treffen sie nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die gegenwärtig noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Zweitens haben sie negative Folgen im Hinblick auf das gesellschaftliche Engagement und die familialen Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter die jüngeren Altersgruppen leiden würden. Auch die schrittweise Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der *kommenden* Generationen. Gerade wer in den Ruf nach (mehr) Generationengerechtigkeit einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern!

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt hat er die Bücher „Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung“ (Frankfurt am Main/New York 2012), „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2012) sowie „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ (4. Aufl. Wiesbaden 2012) veröffentlicht.